

Zusammenfassungen

Christian Leonhardt: Von Diversität und Gleichheit

In dem Beitrag „*Von Diversität und Gleichheit*“ hinterfragt Christian Leonhardt den traditionell angenommenen Widerspruch von Diversität und Gleichheit und verweist auf ihre wechselseitige Abhängigkeit. Anhand zweier Leitkritiken zeigt er, wie verbreitete Konzepte Diversität verfehlen: Isaiah Berlins negative Freiheitslehre erzeugt einen entpolitisierten Pluralismus des beziehungslosen Nebeneinanders und Chantal Mouffes agonistischer Pluralismus privilegiert staatlich-parlamentarische Formen und hierarchisiert dadurch Vielheit. Leonhardt entwickelt demgegenüber einen Begriff relationaler Diversität, der nur egalitär – also unter Bedingungen von Gleichheit – emanzipatorisch wirksam werden kann. Als Beispiel für relationale Diversität nennt er die *General Assembly* von Occupy Wall Street. Hier wird Konsens als Praxis der Gleichheit rekonstruiert, die jedoch nicht Harmonie bedeutet, sondern durch Konflikt und Widerspruch – etwa in Form von Interventionen des PoC-Caucus – realisiert und verteidigt wird. Diversität ohne Gleichheit droht somit, sich in hierarchisierenden Beziehungen zu konterkarieren, während Gleichheit ohne Diversität Gefahr läuft, sich im entpolitisierenden Nebeneinanderher oder in einer ebenso entpolitisierenden Harmonieneigung zu verlieren. Daher gilt für demokratisch-emanzipatorische Politik: keine Diversität ohne Gleichheit und keine Gleichheit ohne Diversität.

Vanessa Lara Ullrich: Fäden statt Büchsen: Diversität zwischen Fortschritt und Regression

Vanessa Lara Ullrichs Beitrag unter dem Titel „*Fäden statt Büchsen: Diversität zwischen Fortschritt und Regression*“ stellt Debattenintervention und konzeptuelle Reflexion am Gegenstand des Diversitätsbegriffs gleichermaßen dar: Die Autorin rekonstruiert in ihrem Text zwei Perspektiven, die sie als ‚Fortschrittperspektive‘ einerseits und als ‚Regressionsperspektive‘ andererseits bezeichnet. Beide Perspektiven beobachtet Ullrich als in öffentlichen politischen sowie akademischen Diskursen um Diversität vorherrschend. Entgegen diesen Verständnissen, die Diversität mit einander entgegengesetzten normativen Vorzeichen als an sich gut oder an sich schlecht definieren wollen, argumentiert Ullrich für eine dialektische Per-

spektive auf Diversität: Diese zeichne sich gerade dadurch aus, erstens die Widersprüchlichkeit von Diversität in ihren konkreten Realisierungsformen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften zu analysieren und sie dadurch nicht überzeitlich normativ festschreiben zu können; und zweitens Diversität konstitutiv an die sozialen Kämpfe darum rückzubinden und nicht von diesen zu abstrahieren.

Henrike Bloemen: Kämpfe um Diversität als Kämpfe um Common Sense: Eine feministisch-hegemonietheoretische Perspektive

Henrike Bloemen geht auf die Umkämpftheit des gesellschaftlichen Verständnisses von Diversität ein: In ihrem Beitrag *„Kämpfe um Diversität als Kämpfe um Common Sense: Eine feministisch-hegemonietheoretische Perspektive“* verweist sie mit Antonio Gramsci auf das Spannungsverhältnis von Diversität und *Common Sense* (z.B. in Form von alltäglichen Gewissheiten) und damit auch auf die Bedeutung von Diversität in Kämpfen um Hegemonie. Dabei analysiert sie drei Ausformungen des *Common Sense*, die je unterschiedliche Bedeutungen im hegemonietheoretischen Kampf um Diversität einnehmen: Erstens, stellt sie mit Gramscis Perspektive den Alltagsverstand (englisch *Common Sense*) als Schauplatz von Kämpfen um Diversität dar. In diesen Kämpfen kritisiert sie zweitens *Common Sense* als hegemoniestabilisierende Waffe gegen Diversität – v.a. in der Rhetorik von Donald Trump oder in der deutschsprachigen Anrufung als ‚Gesunder Menschenverstand‘. Drittens diskutiert sie *Common Sense* als hegemonietransformierende Waffe, die im Kampf für Diversität neu erfunden werden muss.

Lucas von Ramin: Normative Ansprüche von *diversity*. Grenzen einer Ethik der Differenz?

Lucas von Ramin untersucht in *„Normative Ansprüche von diversity. Grenzen einer Ethik der Differenz?“* den gegenwärtigen Diversitätsdiskurs mit Blick sowohl auf die normativen Grundlagen als auch auf innere Spannungen und Widersprüche. Dabei bettet er seine Untersuchung in den weiteren Universalitäts-Partikularitäts-Diskurs ein. Anhand der Konzepte *Hegemonie* und *Kontingenz* zeigt von Ramin, dass Diversität sowohl auf Gleichheit und Freiheit als ständiges Ringen um gesellschaftliche Teilhabe als auch auf die Anerkennung von Differenz und Verletzlichkeit als Ausdruck von Kontingenz verweist. Hierauf gründet er die „Ethik der Differenz“, die sich, verstanden als anti-substanzialistischer Universalismus, nicht durch feste Prinzipien, sondern durch offene, reflexive Praxis begründet.

det. Entlang des *Essentialismus*- und des *Kulturalismusvorwurfs* zeigt er, dass Diversität dort ihre emanzipatorische Kraft verliert, wo sie sich selbst hegemonial verfestigt oder in kulturelle Selbstbezüglichkeit und ökonomische Verwertungslogik kippt. Diversität soll, so von Ramin, weder als bloße Identitätspolitik noch als neoliberale Schlagwort begriffen werden. Vielmehr liegt ihr normativer Gehalt in der fortwährenden, offenen Praxis der Selbstbefragung, Kritik und Aushandlung; so kann die Unbestimmtheit und Ambivalenz nicht als Defizit, sondern als Bedingung demokratischer Freiheit und Gleichheit begriffen werden.

Laura Soréna Tittel: Antiziganismus als verdrängter Gegenstand der politischen Theorie

Laura Soréna Tittel argumentiert in ihrem Aufsatz „*Antiziganismus als verdrängter Gegenstand der politischen Theorie*“, dass diese Form von Diskriminierung trotz ihrer historischen und politischen Relevanz in der Teildisziplin weitgehend ignoriert wird. In ihrem Text verbindet sie die Perspektiven der *Critical Philosophy of Race* mit einer ideengeschichtlichen Analyse, um die strukturelle Verwobenheit der politischen Theorie mit Antiziganismus aufzuzeigen. Historische Beispiele, etwa die Regulierung der Mobilität und territoriale Ausschlüsse von Sinti*ze und Rom*nja seit der Frühen Neuzeit, illustrieren die lange Kontinuität staatlicher Diskriminierung. Zugleich legt Tittel dar, dass klassische politische Theorien von Thomas Hobbes über Immanuel Kant bis Karl Marx durch ein etatistisches Politikverständnis geprägt sind, das bestimmte Gruppen systematisch aus dem Blick der Theorie ausschließt. Indem der Text strukturelle und institutionelle Aspekte von Antiziganismus betont, erweitert er die bisher vorwiegend auf Vorurteile fokussierte Forschung.

Regina Schidel: Ableismus und mangelnde Diversität. Warum die politische Theorie Menschen mit geistigen ‚Behinderungen‘ anders berücksichtigen sollte

Der Vernachlässigung von Ableismus in der Politischen Theorie widmet sich Regina Schidel in ihrem Aufsatz „*Ableismus und mangelnde Diversität. Warum die politische Theorie Menschen mit geistigen ‚Behinderungen‘ anders berücksichtigen sollte*“. Sie argumentiert, dass dieses Diversitätsdefizit im Widerspruch zur selbst zugeschriebenen Erklärungs- und Deutungskraft der Disziplin für gesellschaftliche Wirklichkeiten stehe. Ableismus, verstanden als Abwertung und politischer Ausschluss von Menschen mit (zugeschriebenen) kognitiven Beeinträchtigungen, werde bisher kaum in

der Politischen Theorie thematisiert. Schidel zeigt, dass diese Ausblendung sowohl theorieimmanent als auch gegenstandsbezogen eng mit logozentrischen Vorstellungen politischer Subjektivität verknüpft ist, die Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen implizit ausschließt. Durch die kritische Analyse logozentrischer Normen wird deutlich, wie politische Theorien ableistische Denkmuster reproduzieren und so Teilhabechancen strukturell begrenzen. Als Gegenentwurf macht Schidel theoretische Ressourcen, insbesondere aus der feministischen Standpunkt epistemologie, fruchtbar, um Vorstellungen einer nicht-ableistischen politischen Teilhabe zu entwickeln. Außerdem verweist sie darauf, wie eine Erweiterung der Diversität des Wissens und der Subjektkonzepte zu inklusiveren und gerechteren politischen Theorien und Praktiken beitragen kann.

Mareike Gebhardt: Nomadisch statt monadisch: Feministische Kämpfe um epistemologische Diversität im Anschluss an Rosi Braidotti

Mareike Gebhardt nimmt in ihrem Text *„Nomadisch statt monadisch: Feministische Kämpfe um epistemologische Diversität im Anschluss an Rosi Braidotti“* die Arbeiten der feministischen Philosophin zum Ausgangspunkt für Überlegungen, die das vermeintlich autonome Erkenntnissubjekt der politischen Theorie dezentrieren. Der Beitrag plädiert dagegen für eine plurale, engagierte und kollektive Wissenschaftspraxis. Entlang Braidottis Konzept des Nomadismus blickt Gebhardt in Gegenarchive vergangener und zeitgenössischer politischer Philosophie und zielt damit auf eine kreative, subversiv aneignende Destabilisierung des etablierten Kanons. Diese Praxis versteht die Autorin nicht zuletzt als wichtigen Kampf um Diversität im Feld der Wissenschaft und Erkenntnis. Indem der Beitrag normalisierte epistemologische Annahmen und die ‚Forschungsgegenstände‘ der politischen Philosophie hinterfragt, werden alternative Produktionsweisen sichtbar, die erkenntnistheoretischen Prämissen der politischen Philosophie diversifiziert und Letztere damit auch demokratisiert.

Floris Biskamp: Frankfurt provinzialisieren. Eine postkoloniale Relektüre der habermas'schen Theorie

Floris Biskamp setzt sich in seinem Beitrag *„Frankfurt provinzialisieren. Eine postkoloniale Relektüre der habermas'schen Theorie“* am Beispiel der Theorien Jürgen Habermas' mit der Frage nach einem adäquaten Umgang mit Theorien westlicher Prägung nach der postkolonialen Kritik auseinander. Nach einer Rekonstruktion der habermas'schen Theorie und ihrer postkolonialen Kritik argumentiert er nicht für eine Aufgabe ersterer, son-

dern für ihre Provinzialisierung. Diese bestehe insbesondere in einem Überdenken des Rationalisierungsparadigmas, in der Aufgabe des integralen Eurozentrismus und damit zusammenhängend sowohl dem Ernstnehmen der Beiträge anticolonialer Emanzipationsbewegungen als auch der Aufgabe, den eigenen Theorieansatz ernsthaft historisch und geografisch zu situieren. Eine solche provinzialisierte habermas'sche Theorie wäre dann ihrerseits – beispielsweise normativ-demokratiethoretisch – auch für postkoloniale Theorien anschlussfähig.

Silvia Donzelli: *Dialektik der Differenz: Zum politischen und epistemischen Gehalt der Diversitätsfrage in der Afrikanischen Philosophie*
 In ihrem Beitrag *„Dialektik der Differenz: Zum politischen und epistemischen Gehalt der Diversitätsfrage in der Afrikanischen Philosophie“* legt Silvia Donzelli nahe, die umstrittene Forderung nach Diversität im westlichen akademischen Betrieb im Lichte der Kämpfe um Identität in afrikanischen philosophischen Diskursen zu reflektieren. Die Autorin legt drei Lesarten von „Diversität“ innerhalb nachkolonialer philosophischer Debatten in Afrika und der Diaspora dar: Erstens, bedeutet „anders sein“ das fatale Anathema rassistischer Vorstellungen, das zur Quelle der Selbstbehauptung für Positionen anticolonialer politischer Philosophie wird. Zweitens, ist die epistemische Bedeutung von Diversität als „anders philosophieren“ zugleich Ressource und Herausforderung für afrikanische metaphilosophische Debatten. Aus dieser Dialektik der Differenz können zwar Ambivalenzen und Aporien entstehen, die Gefahr laufen, inhaltlich-methodische Differenzen als rassifizierte Unterschiede zu artikulieren. Zugleich regt die Auseinandersetzung mit vielfältigen Wissenszugängen eine dynamische, kritisch-kreative philosophische Produktion an. Drittens, signalisiert Diversität als „anders werden“ die stets neu zu verhandelnde Transformation afrikanischer Universitäten: Bei der Analyse theoretischer Begründungen und politischer Praxis in Südafrika zeigt sich, dass bei der Forderung nach Diversität – in afrikanischen und westlichen Kontexten – viel mehr im Spiel ist als kosmetische Interventionen.

Oliver Eberl: *Diversität in der Demokratietheorie – Kämpfe um indigene Souveränität im Siedlerstaat*
 Der Beitrag *„Diversität in der Demokratietheorie – Kämpfe um indigene Souveränität im Siedlerstaat“* von Oliver Eberl zeigt, dass demokratische Kämpfe indigener Gruppen nicht primär auf Inklusion zielen, sondern auf Selbstbestimmung, kulturelle Selbsterhaltung und Souveränität und dies

oft explizit gegen Integration/Assimilation. Anhand von drei Beispielen – erstens der indigenen Bürgerschaft als Ausdruck konsultativer Mitwirkung (wie zum Beispiel bei dem gescheiterten australischen „Voice to Parliament“-Referendum), zweitens des multikulturell verstandenen Souveränitätskonzeptes der Kanak in Neukaledonien und drittens der Zurückweisung des westlich-staatlichen Souveränitätsparadigmas zugunsten einer Nationhood ohne Staatlichkeit (wie im Fall der Angehörigen der Six Nations der Haudenosaunee-Konföderation) – leitet Eberl drei demokratietheoretische Herausforderungen ab: erstens Differenzierung gesetzgebender Souveränität durch gesonderte indigene Vertretung (bloße Konsultation/Veto bleiben normativ wie praktisch begrenzt); zweitens Verschränkung von indigener und staatlicher Souveränität im Unabhängigkeitsdiskurs; drittens Anerkennung nicht-staatlicher Nationen mit eigenem Selbstbestimmungsanspruch. Eberl folgert daraus, dass die Demokratietheorie ihre tradierte Kopplung von Staat–Nation–Souveränität lösen und eine Diversität demokratischer Ordnungen anerkennen muss, die Koexistenz, Respekt und variable Autonomieformen ermöglicht, statt indigene Anliegen in Minderheiten- oder Integrationslogiken zu assimilieren.

Ina Kerner: Streit um den Islam: Orientalismus, Feminismus und Rechtspopulismus

Der Beitrag *„Streit um den Islam: Orientalismus, Feminismus und Rechtspopulismus“* von Ina Kerner beleuchtet die Politisierung des Islamdiskurses und konzentriert sich dabei besonders auf die wichtige Rolle von Geschlechterfragen für diesen Diskurs. Sie zeigt auf, inwiefern das orientalistische Bild des Islam als Inbegriff der religiösen Frauenfeindlichkeit radikale Feministinnen und rechte Parteien eint. Dabei entsteht eine simplifizierende Sicht auf Zusammenhänge von Islam und Geschlecht.